



## Arbeitsmarkt

Nachdem 1997 ein Kapitel zur Beschäftigung in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen wurde, steht die Arbeitsmarktstatistik im Mittelpunkt zahlreicher Politikbereiche der EU. Auf der Sondertagung des Europäischen Rates im November 1997 in Luxemburg wurde eine ehrgeizige Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) angenommen, die den Abbau von Arbeitslosigkeit und geschlechtsspezifischen Unterschieden bei gleichzeitiger dauerhafter Anhebung der Beschäftigungsquoten zum Ziel hat. Auf dem Gipfel von Lissabon im Frühjahr 2000 stand Vollbeschäftigung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen auf der europäischen Tagesordnung, und es wurden für das Jahr 2010 ambitionierte Ziele für die EU gesteckt, nämlich:

- eine Gesamtbeschäftigungsquote von 70 %,
- eine Beschäftigungsquote der Frauen von 60 %.

Auf dem Gipfel von Stockholm im Frühjahr 2001 wurde dann ein Ziel für die Beschäftigungsquote von Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren in der EU festgelegt, die bis 2010 50 % erreichen soll.

In ihrer Halbzeitbewertung der EBS im Jahr 2005 legte die Europäische Kommission eine Reihe neuer Vorschläge zu Beschäftigungsleitlinien für den Zeitraum 2005-2008 vor, die eine Schwerpunktverlagerung hin zu Wachstum und Beschäftigung deutlich machten. Ziel war es:

- mehr Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, das Arbeitskräfteangebot zu vergrößern und die sozialen Sicherungssysteme zu modernisieren,
- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen zu verbessern,
- die Investitionen in das Humankapital durch bessere Bildung und Qualifizierung zu steigern.

In einer Entscheidung des Rates vom 7. Juli 2008 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten<sup>(1)</sup> wurde ein Folgesatz von integrierten Leitlinien für den Zeitraum 2008-2010 eingeführt. Diese Leitlinien stützen sich auf drei Säulen: makroökonomische Maßnahmen, mikroökonomische Reformen und beschäftigungspolitische Maßnahmen. Die Entscheidung führt eine Reihe von Leitlinien und Benchmarks ein, die dazu dienen sollen, Prioritäten für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten zu setzen, so dass sie die überarbeitete Lissabonstrategie widerspiegeln und gemeinsame soziale Ziele einschließlich Vollbeschäftigung und Steigerung von Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität sowie Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts berücksichtigen werden.

(1) <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st10/st10614-re02.en08.pdf>.



## 7.1 Menschen im Arbeitsmarkt – Beschäftigung

### Einleitung

EU-Bürger haben das Recht, ohne Arbeitsgenehmigung in jedem Mitgliedstaat zu arbeiten. Wenngleich es für Arbeitnehmer aus Ländern, die der EU seit 2004 beigetreten sind, einige zeitlich begrenzte Beschränkungen gibt, soll diese Freizügigkeit dazu beitragen, dass ein Binnenmarkt für Arbeitsplätze geschaffen wird, was möglicherweise zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führt und gleichzeitig Tausenden von Menschen zu der Karriere und dem Lebensstil verhilft, die sie sich wünschen.

Alle EU-Bürger, die aus Arbeitsgründen in einen anderen Mitgliedstaat umziehen, müssen im Zusammenhang mit arbeitsbezogenen Themen wie Bezahlung und Entlassung arbeitsrechtlich wie Inländer behandelt werden. Arbeitssuchende haben auch die Möglichkeit, während sie nach Arbeit suchen, für einige Zeit ihre Arbeitslosenunterstützung in einem anderen EU-Land zu erhalten.

Flexible Arbeitsbedingungen, zum Beispiel Teilzeitarbeit oder Arbeit von zu Hause aus, sollen für mehr Beschäftigung und höhere Beschäftigungsquoten sorgen, da dadurch mehr Menschen ermutigt werden, ins Erwerbsleben einzutreten. Auch durch andere Initiativen, wie etwa die Verbesserung des Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Bereitstellung von Möglichkeiten für lebenslanges Lernen, könnten mehr Menschen dazu ermutigt werden, ins Erwerbsleben einzutreten. Dennoch ist die berufliche Mobilität innerhalb der EU weiterhin relativ gering, denn gerade einmal 2 % der EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter leben und arbeiten in einem anderen Mitgliedstaat. Zentraler Punkt dieses Themas ist das Problem der

„Flexicurity“: Politiken, die sich gleichzeitig mit der Flexibilität der Arbeitsmärkte, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbeziehungen befassen und auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, die Sicherheit der Beschäftigung und den Sozialschutz berücksichtigen. Oft wird argumentiert, dass, wenn es Einzelpersonen und Paaren nicht gelingt, das von ihnen gewünschte Gleichgewicht zwischen Arbeit und Familie zu erzielen, nicht nur ihr Wohlstand geringer ist, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt wird, da dann auch nur in geringerem Umfang Arbeitskraft zur Verfügung steht. Deshalb sind flexible Arbeitsregelungen geeignet, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und Einzelpersonen die Möglichkeit zu geben, zum Beispiel den Versuch zu unternehmen, eine Familie zu gründen oder mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Ein unflexibler Arbeitsmarkt kann hingegen einer der Gründe für sinkende Geburtenraten sein, was deutliche Auswirkungen auf das zukünftige Arbeitskräfteangebot hat und sich auch auf die finanzielle Nachhaltigkeit der Sozialschutzsysteme auswirken wird.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Aufgrund des erheblichen Interesses an der Arbeitsmarktpolitik nach dem Gipfel von Lissabon hat die Arbeitskräfteerhebung (AKE) an Bedeutung gewonnen und ist zum Schlüsselinstrument für die Beobachtung von Arbeitsmarktentwicklungen geworden. Die AKE ist eine vierteljährliche Stichprobenerhebung bei den Haushalten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Kandidatenländern und den EFTA-Ländern (mit Ausnahme Liechtensteins). Sie ist die



wichtigste Quelle für Informationen über die Lage und die Trends auf dem Arbeitsmarkt in der EU. In der AKE wird in erster Linie die EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ab 15 Jahren) erfasst, die sich aus Beschäftigten, Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen zusammensetzt. Sie liefert umfassende Informationen über diese drei Kategorien und beschreibt die Situation der Beschäftigten anhand von Daten beispielsweise über ihren Bildungsgrad, den Wirtschaftszweig, in dem sie beschäftigt sind, ihren Beruf sowie ihre Neigung zur Teilzeitarbeit, die Dauer ihrer Arbeitsverhältnisse und ihre Suche nach einer neuen Arbeit. Es ist darauf hinzuweisen, dass sich der Erwerbsstatus in Spanien und im Vereinigten Königreich auf Personen ab 16 Jahren beschränkt. In Dänemark, Estland, Lettland, Ungarn, Finnland, Schweden (seit 2001) und Norwegen bezieht sich die Erfassung auf Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, während in Schweden (vor 2001) und Island die 16-74-Jährigen erfasst werden. Die Stichprobengröße beläuft sich pro Quartal auf ungefähr 1,5 Millionen Einzelpersonen, wobei die vierteljährlichen Auswahlätze in jedem Land zwischen 0,2 % und 3,3 % liegen. In der Zeit von 1998 bis 2005 durchlief die Erhebung den Übergang auf eine kontinuierliche vierteljährliche Erhebung. Alle EU-Mitgliedstaaten liefern inzwischen vierteljährliche Ergebnisse.

Die **Erwerbspersonen** (Arbeitskräfte) umfassen beschäftigte und arbeitslose Personen. Die **Beschäftigungs-/Erwerbsquoten** bezeichnen beschäftigte Personen/Erwerbspersonen als prozentualen Anteil der Gesamtbevölkerung im selben Alter.

**Beschäftigte Personen** werden definiert als Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Bezugswoche gegen Entgelt, zur Gewinnerzielung oder zur Mehrung des Familieneinkommens mindestens eine Stunde gearbeitet haben

oder nicht gearbeitet haben, jedoch einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren, zum Beispiel aufgrund von Krankheit, Urlaub, Streik oder Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. **Selbstständige Personen** arbeiten in ihrem eigenen Unternehmen, in ihrem landwirtschaftlichen Betrieb oder in ihrer Praxis. Eine selbstständige Person wird als beschäftigt betrachtet, wenn sie eines der folgenden Kriterien erfüllt: Sie arbeitet zur Erzielung von Gewinn, sie verbringt Zeit mit der Leitung eines Unternehmens oder sie ist mit dem Aufbau eines Unternehmens beschäftigt. **Arbeitnehmer** werden definiert als Personen, die für einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber arbeiten und eine Vergütung in Form von Lohn, Gehalt, Leistungslohn oder Sachleistungen erhalten; auch Berufssoldaten gelten als Arbeitnehmer.

Das **jährliche Beschäftigungswachstum** ist die prozentuale Veränderung der Gesamtzahl der beschäftigten Personen von einem Jahr zum nächsten auf dem Wirtschaftsgebiet eines Landes oder auf dem geografischen Gebiet.

Die Unterscheidung zwischen **Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung** in der Haupttätigkeit basiert auf der Antwort des Befragten, ausgenommen in Deutschland, Irland und den Niederlanden, wo Schwel- len für die normale Arbeitszeit verwendet werden.

Der Indikator für **Beschäftigte mit einer zweiten Erwerbstätigkeit** bezieht sich auf Personen mit mehr als einer Tätigkeit gleichzeitig. Personen, die während der Bezugswoche ihre Tätigkeit gewechselt haben, werden nicht als Personen mit zwei Tätigkeiten betrachtet.

Eine Tätigkeit wird als **befristet** betrachtet, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, dass ihre Beendigung von objektiven Bedingungen abhängt, beispielsweise von einem bestimmten



Termin, von der Erledigung eines Auftrags oder der Rückkehr eines Arbeitnehmers, der vorübergehend ersetzt wurde. Befristet beschäftigt sind in der Regel: Saisonarbeiter, von einem Arbeitsamt beziehungsweise einer Arbeitsvermittlung angestellte Personen, die zur Ausführung eines Arbeitsauftrags an Dritte weiterverliehen werden (es sei denn, es liegt ein schriftlicher unbefristeter Arbeitsvertrag vor), Personen mit speziellen Ausbildungsverträgen.

Die **Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten (NUTS-Ebene 2)** zeigt regionale Beschäftigungsunterschiede innerhalb von Ländern und Ländergruppen (EU-27, Eurozone). Sie ist gleich Null, wenn die Beschäftigungsquoten in allen Regionen identisch sind, und sie wird steigen, wenn die Unterschiede zwischen den Beschäftigungsquoten in den Regionen zunehmen. Der Indikator ist auf mehrere Länder nicht anwendbar, da es dort nur eine oder nur einige wenige Regionen der NUTS-Ebene 2 gibt. Die Beschäftigungsquoten dieser Länder werden jedoch verwendet, um den Indikator auf europäischer Ebene zu berechnen.

### Wichtigste Ergebnisse

Die Beschäftigungsquote der Bevölkerung der EU-27 im Alter zwischen 15 und 64 Jahren lag 2007 bei 65,4 %. Wenngleich dies einen weiteren Anstieg der Beschäftigungsquote seit dem im Jahr 1997 ermittelten relativen Tiefstand von 60,7 % bedeutet, blieb die Quote dennoch hinter dem für 2010 für die EU gesteckten Ziel von 70 % zurück. Beschäftigungsquoten von mehr als 70 % wurden in 7 Mitgliedstaaten erreicht (Dänemark, Niederlande, Schweden, Österreich, Vereinigtes Königreich, Zypern und Finnland). Beschäftigungsquoten von unter 60 % meldeten Rumänien, Italien, Ungarn, Polen und Malta.

Die Beschäftigungsquoten in den Mitgliedstaaten waren je nach Region oft sehr unterschiedlich, wobei in Italien eine relativ starke Streuung (16,3 %) beobachtet wurde (gemessen anhand des Variationskoeffizienten für Regionen auf der NUTS-Ebene 2). Demgegenüber gab es bei den Beschäftigungsquoten in den Regionen Österreichs, Griechenlands, Portugals oder Schwedens relativ geringe Abweichungen (alle unter 4 %). Die Streuung der regionalen Beschäftigung in der gesamten EU-27 verringerte sich offenbar, denn der Variationskoeffizient sank zwischen 2002 und 2007 von 13,2 % auf 11,1 %.

Im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon für die Beschäftigungsquote der Frauen in der gesamten EU das Ziel von 60 % gesteckt. 2007 belief sich in der EU-27 die Beschäftigungsquote der Frauen auf 58,3 %, das ist bedeutend mehr als 2001 (54,3 %), wenngleich deutlich weniger als die entsprechende Quote für Männer (72,5 %). Etwa 15 Mitgliedstaaten meldeten im Jahr 2007 Beschäftigungsquoten für Frauen von mehr als den geplanten 60 %, wobei Dänemark und Schweden bei über 70 % lagen.

Auf dem Europäischen Rat 2001 in Stockholm wurde als Ziel eine Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer (zwischen 55 und 64 Jahren) von 50 % bis zum Jahr 2010 festgelegt. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer belief sich 2007 in der gesamten EU-27 auf 44,7 %, das ist sehr viel mehr als die entsprechende Quote 2001 (37,7 %). In zwölf Mitgliedstaaten lag die Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer bei über 50 %, wobei die höchsten Quoten in Schweden (70,0 %) ermittelt wurden. In diesem Land gibt es kein offizielles Rentenalter.

Je nach erreichtem Bildungsgrad gab es beachtliche Unterschiede zwischen den Beschäftigungsquoten. Die Beschäftigungsquote der 25- bis 64-Jährigen<sup>(2)</sup>, die den tertiären Bereich abgeschlossen hatten, lag in der EU-27 im Jahr 2007 bei 85,3 % und damit weit höher als die Quote für diejenigen, die nur einen geringen Bildungsgrad (Primarstufe oder Sekundarstufe I) erreicht hatten (57,2 %).

Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Arbeitskräfte in der EU-27 ist von 15,9 % im Jahr 1997 auf 18,2 % im Jahr 2007 stetig angestiegen. Der höchste Anteil von Teilzeitbeschäftigten fand sich in den Niederlanden (46,8 % 2007), gefolgt von Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Schweden und Dänemark, wo jeweils etwa ein Viertel der Beschäftigten Teilzeit arbeiteten. Demgegenüber war die Teilzeitbeschäftigung in Bulgarien (1,7 % der Beschäftigten), in der Slowakei (2,6 %) und in Ungarn (4,1 %) relativ unüblich. Etwas weniger als ein Drittel (31,2 %) der in der EU-27 beschäftigten

Frauen arbeitete 2007 auf Teilzeitbasis, das war ein sehr viel höherer Anteil als bei den Männern (7,7 %). Drei Viertel (75,0 %) aller in den Niederlanden beschäftigten Frauen arbeiteten 2007 auf Teilzeitbasis, das war bei Weitem die höchste Quote in den Mitgliedstaaten<sup>(3)</sup>.

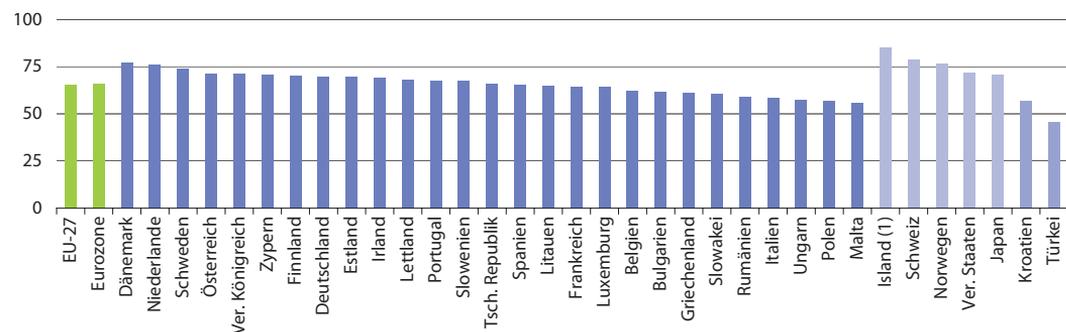
Knapp ein Drittel (31,7 %) der Beschäftigten in Spanien arbeitete 2007 Teilzeit, und in Polen belief sich dieser Anteil auf mehr als ein Viertel der Beschäftigten (28,2 %). Die Bereitschaft, Arbeitsverträge mit begrenzter Dauer einzugehen, war in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich groß, was zumindest zum Teil nationale Gepflogenheiten oder das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften widerspiegeln könnte und auch davon abhängen kann, wie einfach oder schwierig es für einen Arbeitgeber ist, Mitarbeiter einzustellen oder zu entlassen. In den übrigen Mitgliedstaaten lag der Anteil der auf der Basis befristeter Verträge arbeitenden Beschäftigten zwischen 22,4 % in Portugal und 1,6 % in Rumänien.

(2) Für die Statistik über den erreichten Bildungsgrad wird anstelle der Altersgruppe 25 64 die Altersgruppe 15 64 verwendet.

(3) Jede weniger als 35 Wochenstunden arbeitende Person wird in den Niederlanden als teilzeitbeschäftigt eingestuft.

**Abbildung 7.1: Beschäftigungsquote, 2007**

(in %)



(1) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (tsiem010)

**Tabelle 7.1:** Beschäftigungsquote

(in %)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>EU-27</b>	60,7	61,2	61,8	62,2	62,5	62,3	62,6	62,9	63,5	64,5	65,4
<b>Eurozone</b>	58,5	59,2	60,4	61,5	62,2	62,4	62,7	63,2	63,8	64,8	65,7
<b>Belgien</b>	56,8	57,4	59,3	60,5	59,9	59,9	59,6	60,3	61,1	61,0	62,0
<b>Bulgarien</b>	:	:	:	50,4	49,7	50,6	52,5	54,2	55,8	58,6	61,7
<b>Tsch. Republik</b>	:	67,3	65,6	65,0	65,0	65,4	64,7	64,2	64,8	65,3	66,1
<b>Dänemark</b>	74,9	75,1	76,0	76,3	76,2	75,9	75,1	75,7	75,9	77,4	77,1
<b>Deutschland (1)</b>	63,7	63,9	65,2	65,6	65,8	65,4	65,0	65,0	66,0	67,5	69,4
<b>Estland</b>	:	64,6	61,5	60,4	61,0	62,0	62,9	63,0	64,4	68,1	69,4
<b>Irland</b>	57,6	60,6	63,3	65,2	65,8	65,5	65,5	66,3	67,6	68,6	69,1
<b>Griechenland</b>	55,1	56,0	55,9	56,5	56,3	57,5	58,7	59,4	60,1	61,0	61,4
<b>Spanien (1)</b>	49,5	51,3	53,8	56,3	57,8	58,5	59,8	61,1	63,3	64,8	65,6
<b>Frankreich</b>	59,6	60,2	60,9	62,1	62,8	63,0	64,0	63,7	63,9	63,8	64,6
<b>Italien (2)</b>	51,3	51,9	52,7	53,7	54,8	55,5	56,1	57,6	57,6	58,4	58,7
<b>Zypern</b>	:	:	:	65,7	67,8	68,6	69,2	68,9	68,5	69,6	71,0
<b>Lettland</b>	:	59,9	58,8	57,5	58,6	60,4	61,8	62,3	63,3	66,3	68,3
<b>Litauen</b>	:	62,3	61,7	59,1	57,5	59,9	61,1	61,2	62,6	63,6	64,9
<b>Luxemburg</b>	59,9	60,5	61,7	62,7	63,1	63,4	62,2	62,5	63,6	63,6	64,2
<b>Ungarn</b>	52,4	53,7	55,6	56,3	56,2	56,2	57,0	56,8	56,9	57,3	57,3
<b>Malta</b>	:	:	:	54,2	54,3	54,4	54,2	54,0	53,9	54,8	55,7
<b>Niederlande</b>	68,5	70,2	71,7	72,9	74,1	74,4	73,6	73,1	73,2	74,3	76,0
<b>Österreich (2)</b>	67,8	67,9	68,6	68,5	68,5	68,7	68,9	67,8	68,6	70,2	71,4
<b>Polen</b>	58,9	59,0	57,6	55,0	53,4	51,5	51,2	51,7	52,8	54,5	57,0
<b>Portugal (3)</b>	65,7	66,8	67,4	68,4	69,0	68,8	68,1	67,8	67,5	67,9	67,8
<b>Rumänien (4)</b>	65,4	64,2	63,2	63,0	62,4	57,6	57,6	57,7	57,6	58,8	58,8
<b>Slowenien</b>	62,6	62,9	62,2	62,8	63,8	63,4	62,6	65,3	66,0	66,6	67,8
<b>Slowakei</b>	:	60,6	58,1	56,8	56,8	56,8	57,7	57,0	57,7	59,4	60,7
<b>Finnland</b>	63,3	64,6	66,4	67,2	68,1	68,1	67,7	67,6	68,4	69,3	70,3
<b>Schweden (1)</b>	69,5	70,3	71,7	73,0	74,0	73,6	72,9	72,1	72,5	73,1	74,2
<b>Ver. Königreich (5)</b>	69,9	70,5	71,0	71,2	71,4	71,3	71,5	71,6	71,7	71,5	71,3
<b>Kroatien</b>	:	:	:	:	:	53,4	53,4	54,7	55,0	55,6	57,1
<b>Türkei</b>	:	:	:	48,8	47,8	46,9	45,8	46,1	46,0	45,9	45,8
<b>Island</b>	:	:	:	:	:	:	83,3	82,3	83,8	84,6	85,1
<b>Norwegen</b>	:	:	:	77,5	77,2	76,8	75,5	75,1	74,8	75,4	76,8
<b>Schweiz</b>	76,9	78,0	78,4	78,3	79,1	78,9	77,9	77,4	77,2	77,9	78,6
<b>Japan</b>	70,0	69,5	68,8	68,8	68,7	68,2	68,3	68,6	69,2	69,9	70,6
<b>Ver. Staaten</b>	73,5	73,8	73,9	74,0	73,1	71,9	71,2	71,2	71,5	71,9	71,7

(1) 2005: Bruch in der Reihe.

(2) 2004: Bruch in der Reihe.

(3) 1998: Bruch in der Reihe.

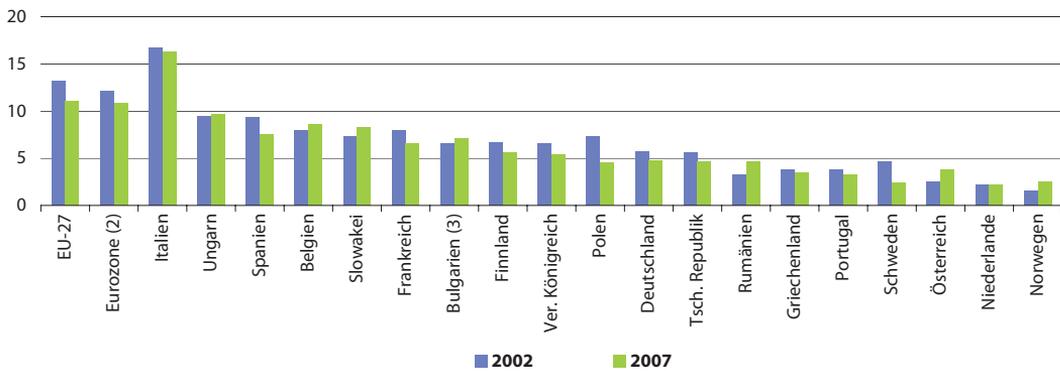
(4) 2002: Bruch in der Reihe.

(5) 2000: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (tsiem010)

**Abbildung 7.2: Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten (1)**

(Variationskoeffizient der Beschäftigungsquoten (der Altersgruppe 15-64) in den Regionen (NUTS-Ebene 2))



(1) Auf der NUTS-Ebene 2: Dänemark, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Island werden als jeweils eine Region behandelt; Irland hat zwei Regionen.

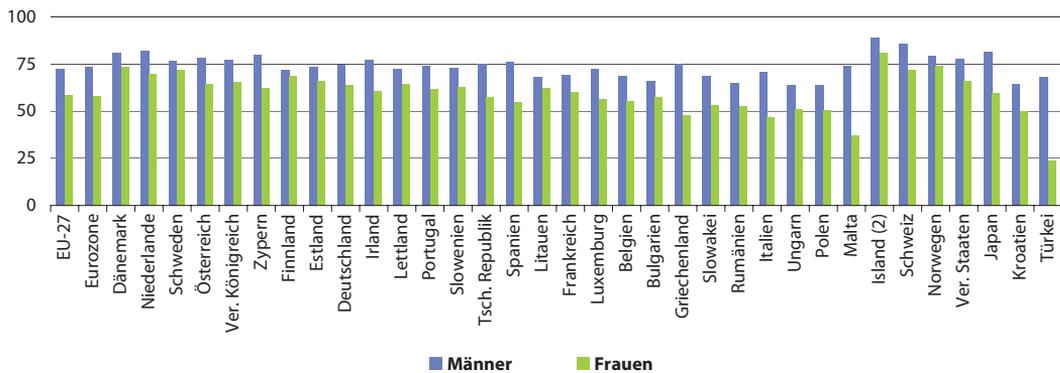
(2) EZ-13 statt EZ-15.

(3) 2003 statt 2002.

Quelle: Eurostat (tsisc050)

**Abbildung 7.3: Beschäftigungsquote nach Geschlecht, 2007 (1)**

(in %)



(1) Die Rangfolge richtet sich nach dem Durchschnitt der Werte von Männern und Frauen.

(2) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (tsiem010)

**Tabelle 7.2:** Beschäftigungsquoten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen

(in %)

	Männer		Frauen		Ältere Arbeitnehmer	
	2002	2007	2002	2007	2002	2007
<b>EU-27</b>	70,3	72,5	54,4	58,3	38,5	44,7
<b>Eurozone</b>	71,7	73,4	53,1	58,0	36,4	43,3
<b>Belgien</b>	68,3	68,7	51,4	55,3	26,6	34,4
<b>Bulgarien</b>	53,7	66,0	47,5	57,6	27,0	42,6
<b>Tsch. Republik</b>	73,9	74,8	57,0	57,3	40,8	46,0
<b>Dänemark</b>	80,0	81,0	71,7	73,2	57,9	58,6
<b>Deutschland</b>	71,8	74,7	58,9	64,0	38,9	51,5
<b>Estland</b>	66,5	73,2	57,9	65,9	51,6	60,0
<b>Irland</b>	75,4	77,4	55,4	60,6	48,0	53,8
<b>Griechenland</b>	72,2	74,9	42,9	47,9	39,2	42,4
<b>Spanien</b>	72,6	76,2	44,4	54,7	39,6	44,6
<b>Frankreich</b>	69,5	69,3	56,7	60,0	34,7	38,3
<b>Italien</b>	69,1	70,7	42,0	46,6	28,9	33,8
<b>Zypern</b>	78,9	80,0	59,1	62,4	49,4	55,9
<b>Lettland</b>	64,3	72,5	56,8	64,4	41,7	57,7
<b>Litauen</b>	62,7	67,9	57,2	62,2	41,6	53,4
<b>Luxemburg</b>	75,1	72,3	51,6	56,1	28,1	32,0
<b>Ungarn</b>	62,9	64,0	49,8	50,9	25,6	33,1
<b>Malta</b>	74,7	74,2	33,9	36,9	30,1	28,3
<b>Niederlande</b>	82,4	82,2	66,2	69,6	42,3	50,9
<b>Österreich</b>	76,4	78,4	61,3	64,4	29,1	38,6
<b>Polen</b>	56,9	63,6	46,2	50,6	26,1	29,7
<b>Portugal</b>	76,5	73,8	61,4	61,9	51,4	50,9
<b>Rumänien</b>	63,6	64,8	51,8	52,8	37,3	41,4
<b>Slowenien</b>	68,2	72,7	58,6	62,6	24,5	33,5
<b>Slowakei</b>	62,4	68,4	51,4	53,0	22,8	35,6
<b>Finnland</b>	70,0	72,1	66,2	68,5	47,8	55,0
<b>Schweden</b>	74,9	76,5	72,2	71,8	68,0	70,0
<b>Ver. Königreich</b>	77,6	77,3	65,2	65,5	53,4	57,4
<b>Kroatien</b>	60,5	64,4	46,7	50,0	24,8	35,8
<b>Türkei</b>	66,9	68,0	27,0	23,8	35,7	29,5
<b>Island</b>	:	89,1	:	80,8	:	84,7
<b>Norwegen</b>	79,9	79,5	73,7	74,0	66,2	69,0
<b>Schweiz</b>	86,2	85,6	71,5	71,6	64,6	67,2
<b>Japan</b>	79,8	81,7	56,5	59,4	61,6	66,1
<b>Ver. Staaten</b>	77,9	77,7	66,0	65,9	59,4	61,8

Quelle: Eurostat (tsiem010 und tsiem020)



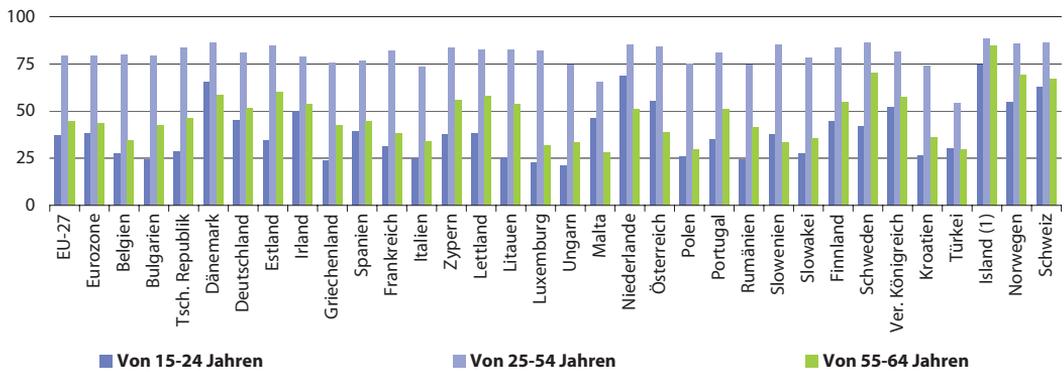
**Tabelle 7.3:** Beschäftigungsquote insgesamt nach höchstem Bildungsgrad, 2007  
(in % der Altersgruppe 25-64 Jahre)

	Vorschulbereich, Primarstufe u. Sekundarstufe I ISCED-Ebene 0-2	Sekundarstufe II u. nichttertiärer Post-Sekundarbereich ISCED-Ebene 3-4	Tertiärbereich ISCED-Ebene 5-6
<b>EU-27</b>	57,2	74,6	85,3
<b>Belgien</b>	49,8	74,2	84,9
<b>Bulgarien</b>	44,5	75,7	85,1
<b>Tsch. Republik</b>	45,7	76,1	85,2
<b>Dänemark</b>	66,6	82,5	87,8
<b>Deutschland</b>	54,9	74,9	86,1
<b>Estland</b>	56,7	79,4	87,4
<b>Irland</b>	58,7	77,1	86,7
<b>Griechenland</b>	59,9	69,5	83,0
<b>Spanien</b>	60,6	76,3	84,4
<b>Frankreich</b>	58,0	75,8	83,5
<b>Italien</b>	52,8	74,5	80,2
<b>Zypern</b>	66,1	79,3	87,6
<b>Lettland</b>	59,7	77,7	87,3
<b>Litauen</b>	49,1	75,8	89,4
<b>Luxemburg</b>	62,3	73,9	84,5
<b>Ungarn</b>	38,5	70,2	80,4
<b>Malta</b>	47,1	81,4	86,6
<b>Niederlande</b>	61,9	80,3	87,7
<b>Österreich</b>	57,9	76,9	86,8
<b>Polen</b>	41,0	65,2	84,5
<b>Portugal</b>	71,6	79,8	85,9
<b>Rumänien</b>	53,8	70,1	86,9
<b>Slowenien</b>	56,2	75,1	87,7
<b>Slowakei</b>	29,1	73,2	84,2
<b>Finnland</b>	58,6	76,2	85,2
<b>Schweden</b>	66,6	83,1	88,5
<b>Ver. Königreich</b>	64,3	81,2	88,0
<b>Kroatien</b>	44,6	67,8	82,2
<b>Türkei</b>	45,3	62,3	75,6
<b>Island</b>	84,1	88,6	92,2
<b>Norwegen</b>	65,8	83,2	90,5
<b>Schweiz</b>	66,3	81,4	90,1

Quelle: Eurostat (tsdec430)


**Abbildung 7.4:** Beschäftigungsquote nach Altersgruppen, 2007

(in %)

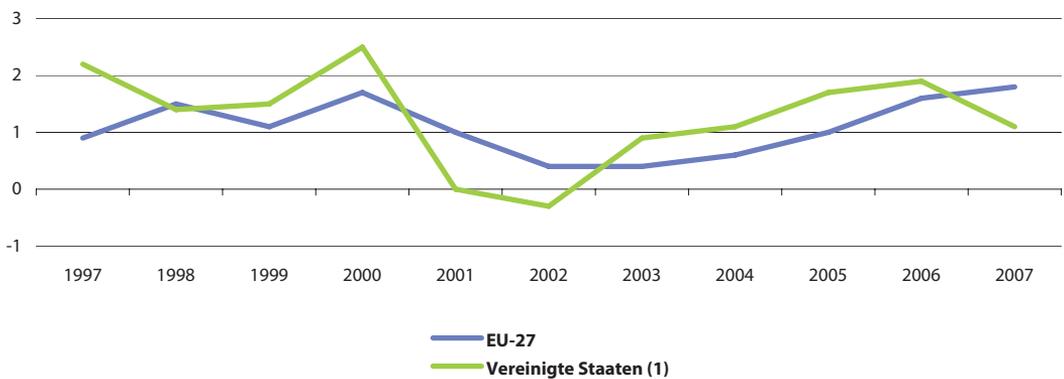


(1) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (lfsi\_emp\_a)

**Abbildung 7.5:** Jährliches Beschäftigungswachstum

(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %)



(1) Schätzung 2007.

Quelle: Eurostat (tsieb050)

**Tabelle 7.4:** Jährliches Beschäftigungswachstum

(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>EU-27</b>	0,9	1,5	1,1	1,7	1,0	0,4	0,4	0,6	1,0	1,6	1,8
<b>Eurozone</b>	0,9	1,9	1,9	2,4	1,5	0,7	0,5	0,7	1,0	1,6	1,8
<b>Belgien</b>	0,5	1,6	1,3	2,0	1,4	-0,1	0,0	0,7	1,2	1,2	1,7
<b>Bulgarien</b>	-3,9	-0,2	-2,1	4,9	-0,8	0,2	3,0	2,6	2,7	3,3	2,8
<b>Tsch. Republik</b>	0,2	-1,5	-3,4	-0,2	0,5	0,6	-1,3	0,3	1,0	1,6	1,8
<b>Dänemark</b>	1,4	1,4	0,8	0,5	0,9	0,0	-1,1	-0,6	0,9	1,6	1,6
<b>Deutschland</b>	-0,1	1,2	1,4	1,9	0,4	-0,6	-0,9	0,4	-0,1	0,6	1,7
<b>Estland</b>	0,0	-1,9	-4,4	-1,5	0,9	1,3	1,4	0,0	2,0	5,4	0,7
<b>Irland</b>	5,6	8,6	6,2	4,6	3,0	1,8	2,0	3,1	4,7	4,3	3,6
<b>Griechenland</b>	-0,5	2,9	0,3	0,5	0,2	2,0	1,9	0,9	1,5	2,5	1,2
<b>Spanien</b>	3,6	4,5	4,6	5,1	3,2	2,4	3,1	3,5	4,1	3,7	3,1
<b>Frankreich</b>	0,4	1,5	2,0	2,7	1,8	0,6	0,1	0,1	0,6	1,0	1,3
<b>Italien</b>	0,3	1,0	1,1	1,9	2,0	1,7	1,5	0,4	0,5	2,0	1,1
<b>Zypern</b>	0,6	1,6	1,9	1,7	2,2	2,1	3,8	3,8	3,6	1,8	3,2
<b>Lettland</b>	4,4	-0,3	-1,8	-2,9	2,2	2,3	1,0	1,1	1,5	4,8	3,5
<b>Litauen</b>	0,6	-0,8	-2,2	-4,0	-3,8	3,6	2,2	0,0	2,5	1,7	2,9
<b>Luxemburg</b>	3,1	4,5	5,0	5,5	5,6	3,2	1,8	2,2	2,9	3,7	4,2
<b>Ungarn</b>	0,2	1,8	3,4	1,3	0,3	0,0	1,3	-0,7	0,0	0,7	-0,1
<b>Malta</b>	:	:	:	8,4	1,8	0,6	1,0	-0,6	1,3	1,3	2,6
<b>Niederlande</b>	3,1	2,6	2,6	2,2	2,1	0,5	-0,5	-0,9	0,5	1,8	2,4
<b>Österreich</b>	0,9	1,3	1,6	1,0	0,6	-0,1	0,0	0,2	0,8	1,2	2,2
<b>Polen (1)</b>	2,6	1,3	-0,9	-2,4	-3,2	-1,9	-12,5	-0,3	1,0	1,9	4,5
<b>Portugal</b>	2,6	2,8	1,4	2,1	1,8	0,6	-0,6	-0,1	-0,3	0,5	0,0
<b>Rumänien</b>	:	:	:	:	:	:	0,0	-1,7	-1,5	2,8	1,3
<b>Slowenien</b>	-1,9	-0,2	1,4	1,9	0,5	1,5	-0,4	0,3	0,2	1,2	2,7
<b>Slowakei</b>	-1,0	-0,5	-2,5	-2,0	0,6	0,1	1,1	-0,2	1,4	2,3	2,1
<b>Finnland</b>	3,3	2,0	2,5	2,2	1,5	1,0	0,1	0,4	1,4	1,8	2,2
<b>Schweden</b>	-1,3	1,7	2,1	2,5	2,1	0,0	-0,6	-0,7	0,3	1,7	2,3
<b>Ver. Königreich</b>	1,7	0,9	1,2	1,4	1,0	0,6	1,0	1,0	1,3	0,7	0,7
<b>Kroatien</b>	3,2	-3,0	-3,3	4,0	-5,4	4,2	0,6	1,7	0,8	0,8	2,0
<b>Türkei</b>	-2,5	2,8	2,1	-0,4	-1,0	-1,8	-1,0	3,0	1,4	1,3	1,1
<b>Norwegen</b>	2,9	2,7	0,9	0,6	0,4	0,4	-1,0	0,5	1,2	3,4	4,0
<b>Ver. Staaten</b>	2,2	1,4	1,5	2,5	0,0	-0,3	0,9	1,1	1,7	1,9	1,1

(1) 2003: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (tsieb050)



**Tabelle 7.5: Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte mit einer zweiten Erwerbstätigkeit**  
(in % der Gesamtbeschäftigung)

	Teilzeitbeschäftigte			Beschäftigte mit einer zweiten Erwerbstätigkeit		
	1997 (1)	2002	2007 (2)	1997 (3)	2002	2007 (4)
<b>EU-27</b>	15,9	16,2	18,2	:	3,6	3,9
<b>Eurozone</b>	14,7	16,3	19,6	:	2,8	3,4
<b>Belgien</b>	15,2	19,1	22,1	2,7	3,4	3,9
<b>Bulgarien</b>	:	2,5	1,7	:	0,8	0,8
<b>Tsch. Republik</b>	5,7	4,9	5,0	3,9	2,4	1,7
<b>Dänemark</b>	22,5	20,0	24,1	7,3	10,6	9,9
<b>Deutschland (5)</b>	17,6	20,8	26,0	2,6	2,2	3,8
<b>Estland</b>	8,6	7,7	8,2	9,2	4,4	3,6
<b>Irland</b>	13,6	16,5	16,8	2,1	2,0	2,7
<b>Griechenland</b>	4,8	4,4	5,6	3,8	3,2	3,2
<b>Spanien (6)</b>	7,9	8,0	11,8	1,6	1,7	2,6
<b>Frankreich</b>	17,0	16,4	17,2	3,3	3,4	3,1
<b>Italien (7)</b>	6,8	8,6	13,6	1,5	1,3	1,8
<b>Zypern</b>	:	7,2	7,3	:	5,0	4,4
<b>Lettland</b>	12,8	9,7	6,4	5,1	7,1	6,2
<b>Litauen</b>	:	10,8	8,6	6,1	6,7	6,1
<b>Luxemburg</b>	8,2	10,7	17,8	1,2	1,1	2,0
<b>Ungarn</b>	3,7	3,6	4,1	2,1	1,7	1,6
<b>Malta</b>	:	8,3	11,1	:	4,7	5,3
<b>Niederlande</b>	37,9	43,9	46,8	5,4	5,9	7,2
<b>Österreich (7)</b>	14,7	19,0	22,6	4,1	3,7	4,3
<b>Polen</b>	10,6	10,8	9,2	9,5	8,2	7,7
<b>Portugal (8)</b>	10,6	11,2	12,1	6,5	6,8	6,7
<b>Rumänien (9)</b>	14,9	11,8	9,7	8,3	4,6	3,9
<b>Slowenien</b>	:	6,1	9,3	2,6	2,2	3,8
<b>Slowakei</b>	2,3	1,9	2,6	1,1	0,8	1,1
<b>Finnland</b>	10,9	12,8	14,1	4,2	3,9	4,3
<b>Schweden (6)</b>	20,2	21,5	25,0	7,9	9,6	8,1
<b>Ver. Königreich (10)</b>	24,6	25,4	25,5	4,8	4,2	3,7
<b>Kroatien</b>	:	8,3	8,6	:	3,6	3,1
<b>Türkei</b>	:	6,9	8,8	:	:	2,7
<b>Island</b>	:	:	21,7	16,6	17,7	11,8
<b>Norwegen</b>	:	26,4	28,2	8,1	8,8	7,9
<b>Schweiz</b>	29,4	31,7	33,5	5,3	6,3	7,4

(1) Tschechische Republik, Estland, Lettland und Slowakei:1998.

(2) Irland, 2004.

(3) Lettland, Litauen und Slowakei, 1998.

(4) Island, 2006.

(5) 2005: Bruch in der Reihe mit Teilzeitangaben.

(6) 2005: Bruch in der Reihe.

(7) 2004: Bruch in der Reihe.

(8) 1998: Bruch in der Reihe.

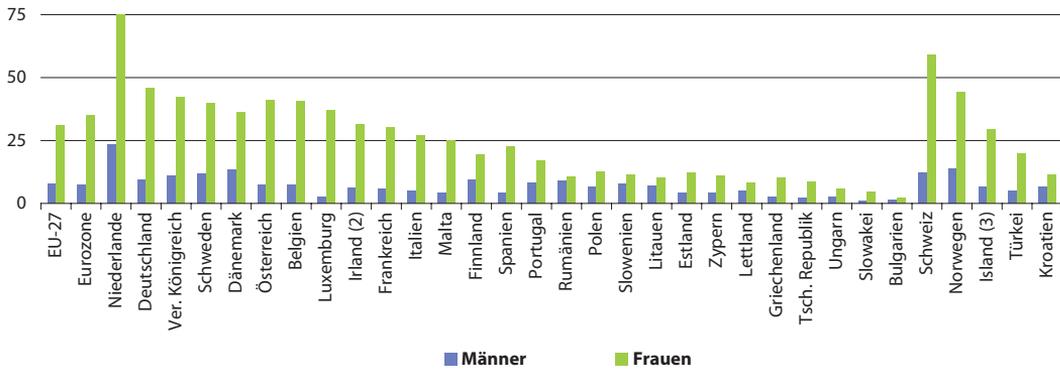
(9) 2002: Bruch in der Reihe.

(10) 1999: Bruch in der Reihe mit Teilzeitangaben.

Quelle: Eurostat (tps00159, tps00074 und lfsi\_emp\_a)

**Abbildung 7.6:** Teilzeitbeschäftigte, 2007

(in % der Gesamtbeschäftigung)



(1) Die Rangfolge richtet sich nach dem Durchschnitt der Werte von Männern und Frauen.

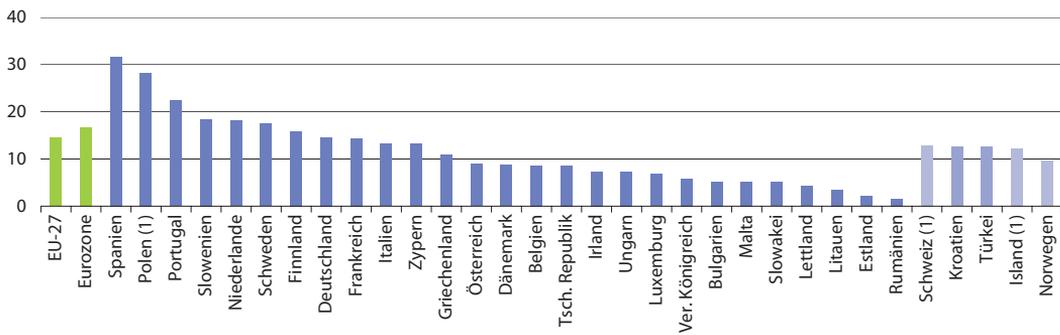
(2) 2004.

(3) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (tps00159)

**Abbildung 7.7:** Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen, 2007

(in % der Beschäftigten insgesamt)



(1) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (tps00073)



## 7.2 Menschen im Arbeitsmarkt – Arbeitslosigkeit

### Einleitung

Die Jugendarbeitslosenquote und die Langzeitarbeitslosenquote werden offenbar stärker von Konjunkturschwankungen beeinflusst als die Arbeitslosenquote insgesamt. Sozialpolitiker fühlen sich oft dazu herausgefordert, hier Abhilfe zu schaffen, indem sie nach Wegen suchen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für verschiedene (benachteiligte) Gruppen der Gesellschaft, für in bestimmten Wirtschaftszweigen tätige oder in bestimmten Regionen lebende Gruppen zu verbessern.

Die Globalisierung und der technologische Fortschritt wirken sich immer stärker auf das tägliche Leben vieler Menschen aus, und die Nachfrage nach verschiedenen Typen von Arbeitskräften und Fähigkeiten verändert sich schnell. Zwar müssen Unternehmen zunehmend innovativ und produktiv sein, doch sie können einen Teil ihres Risikos auf die Arbeitskräfte überwälzen, denn sowohl von denen, die eine Arbeit haben, als auch von denen, die nach einer neuen Arbeit suchen, wird immer häufiger immer größere Flexibilität verlangt.

Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie wird mit einer Reihe von Maßnahmen versucht, die Menschen zur Verlängerung ihres Erwerbslebens oder zur Suche nach einer neuen Tätigkeit zu ermutigen, wozu auch gehört: die Förderung eines lebenszyklusbasierten Ansatzes in der Beschäftigungspolitik, die Ermutigung zu lebenslangem Lernen, die bessere Unterstützung derjenigen, die Arbeit suchen, sowie die Gewährleistung der Chancengleichheit.

Mit den integrierten Beschäftigungsleitlinien für 2008-2010 wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert:

- ihre Bemühungen, jungen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten zu öffnen und die Arbeitslosigkeit abzubauen, zu verstärken, und dies vor allem durch die Anpassung der Bildungs- und Ausbildungssysteme zur Verbesserung der Qualität, zur Verbreiterung des Angebots, zur Diversifizierung des Zugangs, zur Gewährleistung der Flexibilität, zur Reaktion auf neue Bedürfnisse im Bereich der Beschäftigung und auf den Bedarf an neuen Fähigkeiten;
- Maßnahmen zur verstärkten Beteiligung der Frauen an der Beschäftigung und zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Bezahlung durch bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben, die Bereitstellung von leicht zugänglichen und bezahlbaren Kinderbetreuungseinrichtungen und von Möglichkeiten der Betreuung sonstiger abhängiger Personen zu ergreifen;
- das aktive Altern einschließlich Initiativen für entsprechende Arbeitsbedingungen, einen besseren Gesundheitsschutz und geeignete Arbeitsanreize zu fördern und Beschäftigte vom vorzeitigen Ruhestand abzubringen;
- moderne Sozialschutzsysteme einschließlich Renten- und Gesundheitssysteme zu schaffen, die sozial angemessen und finanziell tragbar sind und an sich ändernde

Erfordernisse angepasst werden können, um auf diese Weise die Teilnahme am Erwerbsleben, den Verbleib im Erwerbsleben und die Verlängerung des Erwerbslebens zu fördern.

Mit den Leitlinien wurde auch eine Reihe von zusätzlichen Zielen gesteckt, wobei die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden:

- dafür zu sorgen, dass bis 2010 jede arbeitslose Person einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, eine zusätzliche Schulung oder eine andere Maßnahme zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit angeboten bekommt (für Schulabgänger innerhalb von 4 Monaten und für Erwachsene innerhalb von höchstens 12 Monaten);
- darauf hinzuarbeiten, dass bis 2010 25 % der Langzeitarbeitslosen an Schulungs- oder Umschulungsmaßnahmen, Arbeitspraktika oder sonstigen Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit teilnehmen;
- dafür zu sorgen, dass sich Arbeitssuchende in der gesamten EU über sämtliche offenen Stellen informieren können, die in den nationalen Arbeitsverwaltungen eines jeden Mitgliedstaates bekannt gemacht werden.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

**Arbeitslose** sind definiert als Personen zwischen 15 und 74 Jahren<sup>(4)</sup>, die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort verfügbar waren und in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden. Im Sinne dieses letzten Punkts

gelten als spezifische Schritte bei der Arbeitssuche: Kontaktaufnahme mit einem Arbeitsamt zum Zweck der Arbeitssuche, unabhängig davon, wer die Initiative dazu ergriffen hat (die erneute Meldung beim Arbeitsamt aus lediglich administrativen Gründen gilt nicht als aktiver Schritt); Kontaktaufnahme mit einer privaten Arbeitsvermittlungsstelle (Zeitarbeitsfirma, auf die Anwerbung von Arbeitskräften spezialisierte Firma usw.) zum Zweck der Arbeitssuche; direkte Bewerbung bei Arbeitgebern; Nachfrage bei Freunden, Verwandten, Gewerkschaften usw. zum Zweck der Arbeitssuche; Aufgabe von Stellengesuchen oder Beantwortung von Stellenangeboten; Lesen von Stellenangeboten; Teilnahme an einem Einstellungstest, an einer Prüfung oder an einem Vorstellungsgespräch; Suche nach Grundstücken, Geschäftsräumen oder Ausrüstung; Ansuchen um Genehmigungen, Konzessionen oder Geldmittel. Diese Definition steht im Einklang mit den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission.

Arbeitslosendaten werden im Allgemeinen als Quoten angegeben. Die **Arbeitslosenquote** ist der Anteil der arbeitslosen Personen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt; zu den Erwerbspersonen zählen sowohl die beschäftigten als auch die arbeitslosen Personen.

Diese Quote kann dann noch weiter in bestimmte Gruppen untergliedert werden, zum Beispiel **Arbeitslosigkeit nach erreichtem Bildungsgrad**, wobei der Indikator ein Maß für die Schwierigkeiten darstellt, denen sich Menschen mit unterschiedlichem Bildungsgrad auf dem Arbeitsmarkt gegenübersehen, und einige Informationen über den Einfluss der Bildung auf die Verringerung

(4) In Spanien und im Vereinigten Königreich 16 bis 74 Jahre.



des Risikos, arbeitslos zu werden, bietet. Die Arbeitslosenquote steht auch nach der Dauer der Arbeitslosigkeit zur Verfügung, nämlich die **Langzeitarbeitslosenquote**, definiert als die Zahl der Personen, die seit mindestens 12 Monaten arbeitslos sind, ausgedrückt als Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt, sowie die **Quote der extremen Langzeitarbeitslosigkeit**, die die Zahl der Personen darstellt, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos sind, wiederum ausgedrückt als Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt.

### Wichtigste Ergebnisse

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag in der EU-27 im Jahr 2007 bei 7,1 %, was gegenüber dem relativen Höchststand von 9,0 % in den Jahren 2003 und 2004 eine weitere Verbesserung darstellt. Diese jüngste Zahl stellt gegenüber 2006 einen Rückgang um 1,1 % dar, das ist die stärkste Veränderung der Arbeitslosigkeit (sowohl in positiver als auch in negativer Richtung) seit der Einführung der Reihe für die EU-27 im Jahr 2000.

Es bleiben jedoch weiterhin beträchtliche Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten der Mitgliedstaaten bestehen, wobei die höchsten Quoten mit 11,1 % und 9,6 % in der Slowakei und in Polen ermittelt wurden und die niedrigsten (unter 4 %) in Zypern, Dänemark und den Niederlanden. Die Streuung der Arbeitslosenquoten in der EU verringerte sich jedoch beträchtlich, der Abstand zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenquote erreichte 2001 mit 17,6 % einen Höchststand und ging dann in jedem weiteren Jahr (und am schnellsten 2006 und 2007) zurück, so dass er 2007 nur noch 7,9 % betrug.

Eine der Hauptsorgen der Regierungen und der Sozialpolitiker/politischen Entscheidungsträger gilt der Langzeitarbeitslosigkeit. Neben ihren Auswirkungen auf das persönliche Leben beeinträchtigt die Langzeitarbeitslosigkeit den sozialen Zusammenhalt und behindert letztendlich auch das Wirtschaftswachstum. Etwa 3,1 % der aktiv Arbeit suchenden Personen in der EU-27 waren 2007 seit mehr als einem Jahr und 1,8 % seit mehr als zwei Jahren arbeitslos.

Die Arbeitslosenquote der Frauen (7,8 %) in der EU-27 war im Jahr 2007 weiterhin höher als die der Männer (6,6 %). Dieses Muster war in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten zu erkennen, Ausnahmen bildeten lediglich die baltischen Mitgliedstaaten, Rumänien, Irland, das Vereinigte Königreich und Deutschland. Zwischen den Geschlechtern war der Unterschied in den Arbeitslosenquoten besonders deutlich in den Mitgliedstaaten des Mittelmeerraumes.

Die Arbeitslosenquoten nach Altersgruppen zeigen, dass Personen unter 25 Jahren im Allgemeinen die größten Schwierigkeiten haben, sich einen Arbeitsplatz zu sichern. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote unter den 15- bis 24-Jährigen, die aktiv nach einer Beschäftigung suchten, lag in der EU-27 im Jahr 2007 bei 15,3 %. Die höchste Jugendarbeitslosenquote verzeichnete Griechenland (22,9 %), und von dort wurde auch der größte Unterschied zwischen der Arbeitslosenquote der Personen ab 25 Jahren und der Quote der Personen unter 25 Jahren (15,8 %) gemeldet.

Dieser Messwert für die relativen Schwierigkeiten, denen sich junge Arbeitssuchende gegenübersehen, war auch in Italien besonders hoch (15,4 Prozentpunkte Unterschied), ebenso in Rumänien (15,2

und Schweden (14,8). Demgegenüber lagen die Jugendarbeitslosenquoten in Deutschland, den Niederlanden, in Litauen und Dänemark am nächsten an der Gesamtarbeitslosenquote (aber niemals darunter), die Differenz betrug in allen Fällen weniger als 5 Prozentpunkte.

Fehlende Qualifikationen können ein weiterer benachteiligender Faktor bei der Arbeitssuche sein, denn die Arbeits-

losenquoten gehen im Allgemeinen mit zunehmendem Bildungsgrad zurück. Dies wurde 2007 in fast jedem Mitgliedstaat deutlich, denn die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU-27 belief sich für diejenigen, die allenfalls die Sekundarstufe I abgeschlossen hatten, auf 9,2 % und war damit fast dreimal so hoch wie die Arbeitslosenquote derjenigen, die den Tertiärbereich abgeschlossen hatten (3,6 %).

**Tabelle 7.6:** Arbeitslosenquote

(in %)

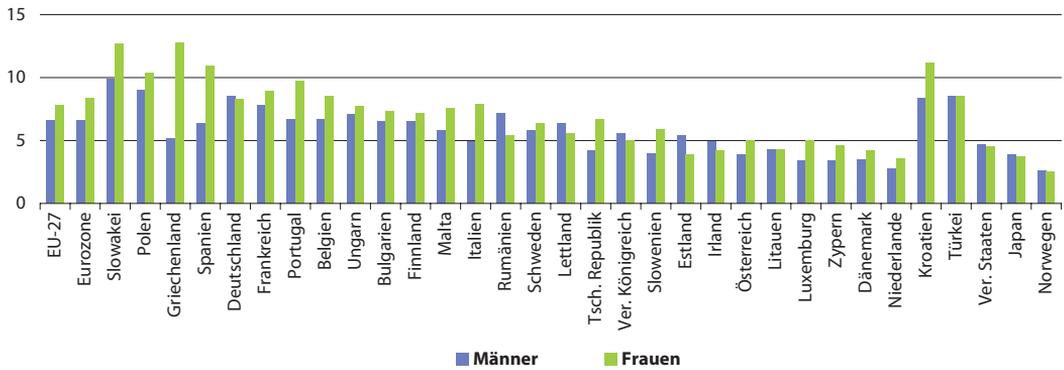
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>EU-27</b>	:	:	:	8,7	8,5	8,9	9,0	9,0	8,9	8,2	7,1
<b>Eurozone</b>	10,5	10,0	9,2	8,3	7,8	8,2	8,6	8,8	8,9	8,3	7,4
<b>Belgien</b>	9,2	9,3	8,5	6,9	6,6	7,5	8,2	8,4	8,5	8,3	7,5
<b>Bulgarien</b>	:	:	:	16,4	19,5	18,2	13,7	12,1	10,1	9,0	6,9
<b>Tsch. Republik</b>	:	6,4	8,6	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	7,9	7,2	5,3
<b>Dänemark</b>	5,2	4,9	5,2	4,3	4,5	4,6	5,4	5,5	4,8	3,9	3,8
<b>Deutschland</b>	9,4	9,1	8,2	7,5	7,6	8,4	9,3	9,8	10,7	9,8	8,4
<b>Estland</b>	9,6	9,2	11,3	12,8	12,4	10,3	10,0	9,7	7,9	5,9	4,7
<b>Irland</b>	9,9	7,5	5,7	4,3	4,0	4,5	4,7	4,5	4,4	4,5	4,6
<b>Griechenland</b>	9,8	10,8	12,0	11,2	10,7	10,3	9,7	10,5	9,9	8,9	8,3
<b>Spanien</b>	16,7	15,0	12,5	11,1	10,3	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3
<b>Frankreich</b>	11,5	11,0	10,4	9,0	8,3	8,6	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3
<b>Italien</b>	11,3	11,4	11,0	10,1	9,1	8,6	8,5	8,1	7,7	6,8	6,1
<b>Zypern</b>	:	:	:	4,9	3,8	3,6	4,1	4,7	5,3	4,6	3,9
<b>Lettland</b>	:	14,3	14,0	13,7	12,9	12,2	10,5	10,4	8,9	6,8	6,0
<b>Litauen</b>	:	13,2	13,7	16,4	16,5	13,5	12,5	11,4	8,3	5,6	4,3
<b>Luxemburg</b>	2,7	2,7	2,4	2,2	1,9	2,6	3,8	5,0	4,6	4,6	4,1
<b>Ungarn</b>	9,0	8,4	6,9	6,4	5,7	5,8	5,9	6,1	7,2	7,5	7,4
<b>Malta</b>	:	:	:	6,7	7,6	7,5	7,6	7,4	7,2	7,1	6,4
<b>Niederlande</b>	4,9	3,8	3,2	2,8	2,2	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2
<b>Österreich</b>	4,4	4,5	3,9	3,6	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4
<b>Polen</b>	10,9	10,2	13,4	16,2	18,3	20,0	19,7	19,0	17,8	13,9	9,6
<b>Portugal</b>	6,7	5,0	4,5	4,0	4,1	5,1	6,4	6,7	7,7	7,8	8,1
<b>Rumänien</b>	:	:	7,1	7,3	6,8	8,6	7,0	8,1	7,2	7,3	6,4
<b>Slowenien</b>	6,9	7,4	7,3	6,7	6,2	6,3	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9
<b>Slowakei</b>	:	12,6	16,4	18,8	19,3	18,7	17,6	18,2	16,3	13,4	11,1
<b>Finnland</b>	12,7	11,4	10,2	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	7,7	6,9
<b>Schweden (1)</b>	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1
<b>Ver. Königreich</b>	6,8	6,1	5,9	5,4	5,0	5,1	5,0	4,7	4,8	5,4	5,3
<b>Kroatien</b>	:	:	:	:	:	14,8	14,2	13,7	12,7	11,2	9,6
<b>Türkei</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	8,4	8,5
<b>Norwegen</b>	4,0	3,2	3,2	3,4	3,6	3,9	4,5	4,4	4,6	3,5	2,6
<b>Japan</b>	3,4	4,1	4,7	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9
<b>Ver. Staaten</b>	4,9	4,5	4,2	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6

(1) 2005: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (tsiem110)


**Abbildung 7.8: Arbeitslosenquoten, 2007 (1)**

(in %)

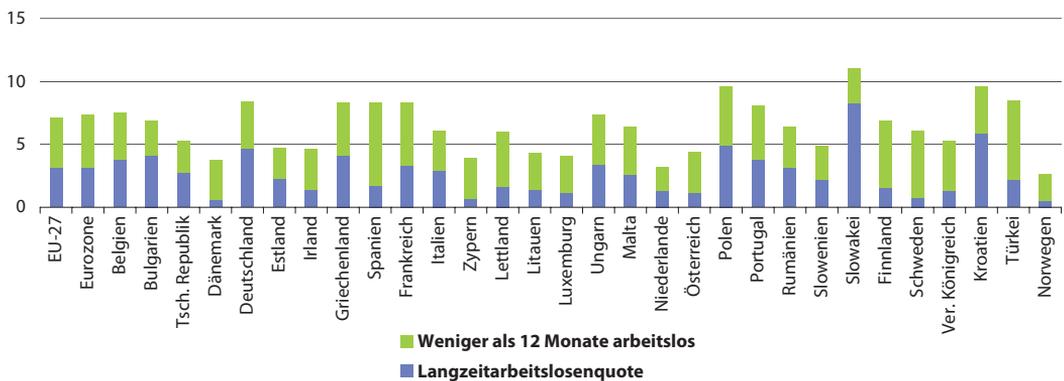


(1) Die Rangfolge richtet sich nach dem Durchschnitt der Werte von Männern und Frauen.

Quelle: Eurostat (tsiem110)

**Abbildung 7.9: Arbeitslosenquoten nach Dauer, 2007**

(in %)



Quelle: Eurostat (tsiem110 und tsisc070)

**Tabelle 7.7:** Arbeitslosenquoten nach Alter und Geschlecht, 2007

(in %)

	Geschlecht		Alter	
	Männer	Frauen	< 25 Jahre	> 25 Jahre
EU-27	6,6	7,8	15,3	6,1
Eurozone	6,6	8,4	14,8	6,5
Belgien	6,7	8,5	18,8	6,3
Bulgarien	6,5	7,3	15,1	6,1
Tsch. Republik	4,2	6,7	10,7	4,8
Dänemark	3,5	4,2	7,9	3,1
Deutschland	8,5	8,3	11,1	8,0
Estland	5,4	3,9	10,0	4,0
Irland	4,9	4,2	9,1	3,8
Griechenland	5,2	12,8	22,9	7,1
Spanien	6,4	10,9	18,2	7,0
Frankreich	7,8	8,9	19,4	7,0
Italien	4,9	7,9	20,3	4,9
Zypern	3,4	4,6	10,0	3,3
Lettland	6,4	5,6	10,7	5,3
Litauen	4,3	4,3	8,2	3,9
Luxemburg	3,4	5,0	15,3	3,3
Ungarn	7,1	7,7	18,0	6,5
Malta	5,8	7,6	13,8	4,7
Niederlande	2,8	3,6	5,9	2,6
Österreich	3,9	5,0	8,7	3,7
Polen	9,0	10,4	21,7	8,1
Portugal	6,7	9,7	16,6	7,2
Rumänien	7,2	5,4	20,1	4,9
Slowenien	4,0	5,9	10,1	4,2
Slowakei	9,9	12,7	20,3	10,0
Finnland	6,5	7,2	16,5	5,4
Schweden	5,8	6,4	19,1	4,3
Ver. Königreich	5,6	5,0	14,3	3,6
Kroatien	8,4	11,2	24,0	8,0
Türkei	8,5	8,5	16,8	6,7
Norwegen	2,6	2,5	7,3	1,8

Quelle: Eurostat (tsiem110 und une\_rt\_a)

**Tabelle 7.8:** Arbeitslosenquote, EU-27

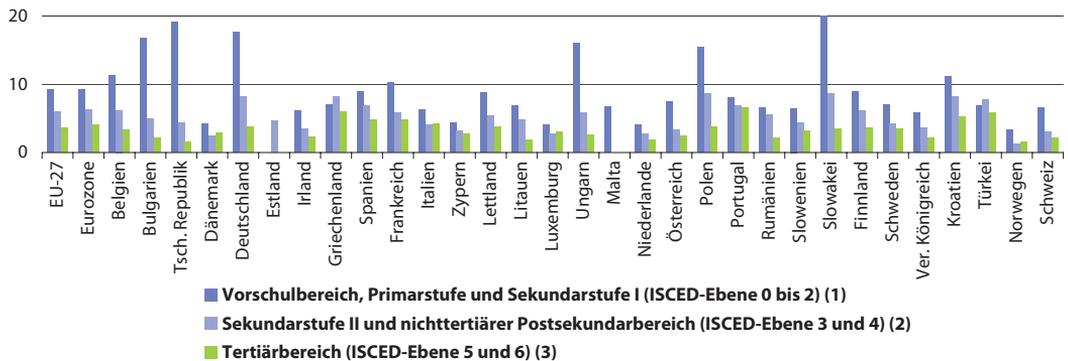
(in %)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Männer</b>	7,7	8,3	8,4	8,4	8,3	7,6	6,6
<b>Frauen</b>	9,4	9,7	9,7	9,8	9,6	8,9	7,8
<b>&lt; 25 Jahre</b>	17,3	17,9	18,0	18,4	18,3	17,1	15,3
<b>&gt; 25 Jahre</b>	7,2	7,6	7,7	7,7	7,6	7,0	6,1
<b>Langzeitarbeitslosenquote</b>	3,9	4,0	4,1	4,2	4,1	3,7	3,1
<b>Männer</b>	3,5	3,6	3,8	3,8	3,8	3,5	2,8
<b>Frauen</b>	4,4	4,5	4,5	4,6	4,4	4,0	3,3
<b>Quote der Extrem-langzeitarbeitslosen</b>	1,9	1,9	1,9	2,0	2,3	2,2	1,8

Quelle: Eurostat (tsiem110, une\_rt\_a, tsisc070 und une\_ltu\_a)

**Abbildung 7.10:** Arbeitslosenquoten (Personen von 25 bis 64 Jahren) nach erreichtem Bildungsniveau, 2007

(in %)



(1) Estland: nicht verfügbar; Litauen, Luxemburg, Slowenien und Kroatien: unzuverlässige Daten; Slowakei: Die Y Achse wurde abgeschnitten, 41,5 %.

(2) Malta: nicht verfügbar; Estland und Luxemburg: unzuverlässige Daten.

(3) Estland und Malta: nicht verfügbar; Litauen, Luxemburg, Slowenien und Kroatien: unzuverlässige Daten.

Quelle: Eurostat (tps00066)

## 7.3 Offene Stellen

### Einleitung

Die politischen Schritte haben sich in diesem Bereich im Wesentlichen auf den Versuch konzentriert, den Arbeitsmarkt dadurch zu verbessern, dass Angebot und Nachfrage besser aufeinander abgestimmt werden, und zwar durch folgende Maßnahmen: Modernisierung und Stärkung der Arbeitsmarkteinrichtungen, vor allem der Arbeitsverwaltungen; Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität von Arbeitskräften in Europa; bessere Prognosen für Qualifikationsbedarf, Knappheiten und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt; bessere Steuerung der Wirtschaftsmigration; Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen und damit Verbesserung der Möglichkeiten, sich auf den wirtschaftlichen und sozialen Wandel vorzubereiten, ihn zu lenken, auf ihn zu reagieren und ihn zu bewältigen.

Die EU vertritt die Auffassung, alle Arbeitssuchenden in der EU sollten die Möglichkeit haben, sich über alle offenen Stellen zu informieren, die in den Arbeitsverwaltungen sämtlicher Mitgliedstaaten ausgewiesen werden. Mit diesem Ziel vor Augen hat die EU EURES, das Europäische Portal für Arbeitsplätze und Mobilität, eingerichtet, das zu finden ist unter: [www.eures.europa.eu](http://www.eures.europa.eu). Diese Website bietet Zugang zu einer Reihe von offenen Stellen in 31 europäischen Ländern (alle Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Veröffentlichung (Herbst 2008) wurden von mehr als 18 000 registrierten Arbeitgebern auf der Website mehr als 1,2 Millionen offene Stellen angeboten, während 314 000 Personen ihren Lebenslauf eingereicht hatten.

Die European Job Days 2008 waren die dritte jährliche Veranstaltung einer weiteren EU-Initiative in diesem Bereich. Im September und Oktober 2008 fand eine Vielzahl von Events (etwa 500) in ganz Europa statt mit dem Ziel, Möglichkeiten und praktische Modalitäten für das Leben und Arbeiten in einem anderen europäischen Land besser bekannt zu machen. Zu den Veranstaltungen gehörten normalerweise Stellenbörsen, Seminare, Lesungen, Workshops und kulturelle Ereignisse, die alle auf die Verbesserung der Mobilität der Arbeitskräfte abzielten.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Eine **offene Stelle** wird definiert als eine (neu geschaffene, nicht besetzte oder frei werdende) Stelle:

- für deren Besetzung mit einem geeigneten Bewerber von außerhalb des Unternehmens der Arbeitgeber aktive Schritte unternimmt und bereit ist, weitere Schritte zu unternehmen,
- die der Arbeitgeber entweder sofort oder in naher Zukunft besetzen möchte.

Gemäß dieser Definition muss eine offene Stelle Bewerbern von außerhalb des Unternehmens offen stehen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass der Arbeitgeber die Stelle mit einem internen Bewerber besetzt. Eine zu besetzende Stelle, die nur internen Bewerbern offen steht, wird nicht als offene Stelle behandelt.



Mit der **Quote der offenen Stellen (QOS)** wird der prozentuale Anteil der offenen Stellen an der Gesamtzahl der Stellen gemäß der vorstehenden Definition der offenen Stellen gemessen und wie folgt ausgedrückt:  $QOS = \text{Zahl der offenen Stellen} / (\text{Zahl der besetzten Stellen} + \text{Zahl der offenen Stellen}) * 100$ . Eine besetzte Stelle ist eine einem Arbeitnehmer innerhalb einer Einrichtung zugewiesene Stelle.

Die Daten über offene Stellen und besetzte Stellen werden untergliedert nach Wirtschaftszweigen, Berufen, Unternehmensgröße und Regionen. Die für die Erstellung von Statistiken über offene Stellen zuständigen nationalen Einrichtungen übermitteln Eurostat zusammengefasste Daten. Diese nationalen Daten werden dann zur Ermittlung der Quote der offenen Stellen auf der Ebene der EU-27 und auf der Ebene der Eurozone verwendet. Gegenwärtig werden mit den Statistiken über offene Stellen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht alle diese Stellen erfasst, so dass zurzeit keine EU-Gesamtwerte für die Zahl der offenen und der besetzten Stellen zur Verfügung stehen. Die EU-Quote der offenen Stellen wird lediglich anhand der verfügbaren Informationen ermittelt, und für Länder, die nicht an der Erhebung dieser Daten teilnehmen, werden keine Schätzungen vorgenommen. So ist es auch nicht möglich, für die EU-27 Quoten der offenen Stellen untergliedert nach Wirtschaftszweigen, Berufen oder Unternehmensgrößen zu liefern.

### Wichtigste Ergebnisse

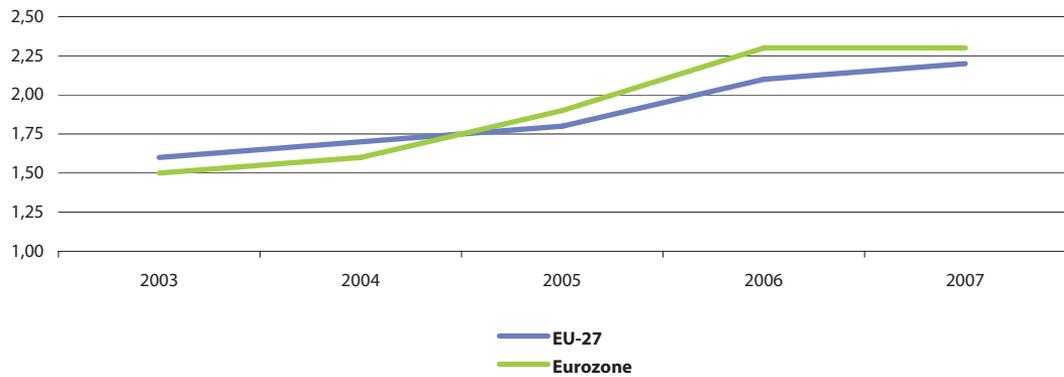
Die Quote der offenen Stellen spiegelt zum Teil die nicht gedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften wider und kann auch Hinweise auf ein Missverhältnis zwischen Fähigkeiten und Verfügbarkeit der arbeitslosen Personen und Fähigkeiten und Verfügbarkeit der von den Arbeitgebern benötigten Personen geben.

Statistiken über offene Stellen werden von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank zur Analyse und Überwachung der Entwicklung des Arbeitsmarkts auf nationaler und europäischer Ebene verwendet. Sie sind auch Schlüsselindikator für die Bewertung des Konjunkturzyklus und die Strukturanalyse.

Die Quote der offenen Stellen hat sich in der EU-27 stark erhöht und erreichte im Jahr 2007 2,2 %. Unter den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, lag die Quote der offenen Stellen 2007 am höchsten in Zypern (4,6 %), Deutschland (3,5 %) und Estland (3,3 %); am geringsten war sie mit Werten unter 1,0 % in Spanien, Luxemburg und Portugal (2006).

**Abbildung 7.11:** Quote der offenen Stellen (1)

(in %)

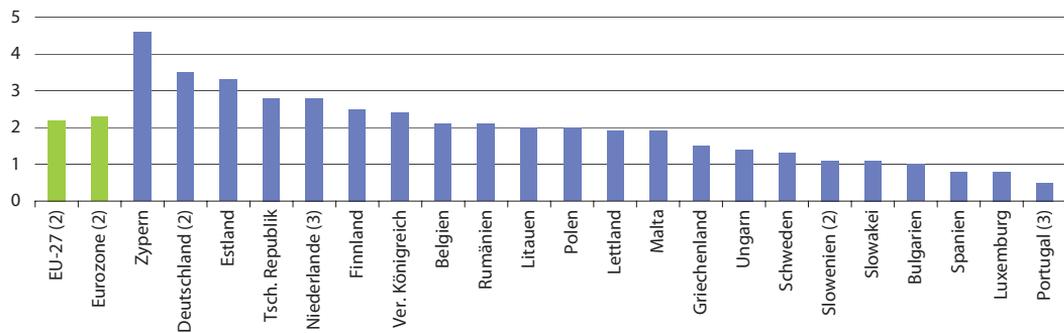


(1) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (jvs\_a)

**Abbildung 7.12:** Quote der offenen Stellen, 2007 (1)

(in %)



(1) Dänemark, Irland, Frankreich, Italien und Österreich: nicht verfügbar.

(2) Vorläufig.

(3) 2006.

Quelle: Eurostat (jvs\_a)



## 7.4 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

### Einleitung

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (AMP) zielen im Allgemeinen darauf ab, Arbeitslosen und anderen Bevölkerungsgruppen mit besonderen Schwierigkeiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt Hilfestellung zu leisten. In den meisten Ländern sind jedoch die Menschen, die bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen als arbeitslos registriert sind, die Hauptzielgruppen. Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollten aber nicht ausschließlich als Ausdruck des politischen Willens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit interpretiert werden. Die politischen Maßnahmen konzentrieren sich nämlich zunehmend auf eine weitergefasste Gruppe von Nichterwerbspersonen in der Gesellschaft. So zielen AMP-Maßnahmen immer stärker auf Frauen, Jugendliche, ältere Menschen oder andere gesellschaftliche Gruppen ab, die sich möglicherweise Benachteiligungen und Hindernissen gegenübersehen, die sie am Zugang zum Arbeitsmarkt hindern.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die **AMP-Methodik** liefert Leitlinien für die Erhebung von Daten über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Welche Maßnahmen sollen erfasst werden und wie sollen sie nach Typen klassifiziert werden, wie sind die Ausgaben im Zusammenhang mit jeder Maßnahme zu messen und wie ist die Zahl der Teilnehmer an diesen Maßnahmen zu berechnen (Bestand, Zugänge und Abgänge)?

AMP-Statistiken erfassen sämtliche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die beschrieben werden können als „öffentliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt mit

dem Ziel, dessen effizientes Funktionieren sicherzustellen und Ungleichgewichte zu berichtigen, sofern sich diese Eingriffe von anderen allgemeinen Beschäftigungsförderungsmaßnahmen dadurch unterscheiden, dass sie gezielt bestimmte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt fördern“. Der Erfassungsbereich der AMP-Statistik beschränkt sich auf öffentliche Maßnahmen, die ausdrücklich auf Personengruppen abzielen, die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben: Arbeitslose, Menschen, die eine Beschäftigung haben, denen aber der Verlust des Arbeitsplatzes droht, und Nichterwerbspersonen, die in den Arbeitsmarkt eintreten möchten.

Die AMP-Maßnahmen werden nach drei Haupttypen untergliedert:

- **AMP-Dienstleistungen** beziehen sich auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, bei denen die Haupttätigkeit der Teilnehmer mit der Arbeitsuche in Zusammenhangsteht und die Teilnahme normalerweise nicht zu einer Änderung des Arbeitsmarktstatus führt.
- **AMP-Maßnahmen** sind Maßnahmen, bei denen die Haupttätigkeit der Teilnehmer nicht mit der Arbeitsuche im Zusammenhang steht und die Teilnahme normalerweise zu einer Änderung des Arbeitsmarktstatus führt. Eine Tätigkeit, die nicht zur Änderung des Arbeitsmarktstatus führt, kann dennoch als AMP-Maßnahme betrachtet werden, wenn sie folgende Kriterien erfüllt: 1) die unternommenen Tätigkeiten stehen nicht im Zusammenhang mit der Arbeitsuche, werden überwacht und stellen eine Vollzeit- oder signifikante Teilzeittätigkeit der Teilnehmer während eines signifikanten Zeitraums

dar; 2) Ziel ist es, die beruflichen Qualifikationen der Teilnehmer zu verbessern; 3) Die Maßnahmen geben Anreize zur Aufnahme oder zur Schaffung einer Beschäftigung (einschließlich Selbstständigkeit).

- **AMP-Unterstützungen** beziehen sich auf Maßnahmen, mit denen Personen aus arbeitsmarktpolitischen Gründen direkt oder indirekt finanzielle Unterstützung geleistet wird oder ihnen ein Ausgleich für durch die Umstände auf dem Arbeitsmarkt verursachte Nachteile gewährt wird.

Diese Haupttypen werden in neun detaillierte Kategorien entsprechend dem Typ der Maßnahme untergliedert:

#### *AMP-Dienstleistungen*

1. Arbeitsmarktdienstleistungen

#### *AMP-Maßnahmen*

2. Schulung
3. Arbeitsplatztausch und Jobsharing
4. Beschäftigungsanreize
5. Unterstütztes Beschäftigungsverhältnis und Wiedereingliederung
6. Direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
7. Gründungsanreize

#### *AMP-Unterstützungen*

8. Einkommensunterstützung für Arbeitslose
9. Vorruhestand

### **Wichtigste Ergebnisse**

Die Untergliederung der Ausgaben für verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und der jeweiligen Teilnehmer erfolgte in den einzelnen Mitgliedstaaten auf sehr unterschiedliche Weise, worin die verschiedenen Merkmale und

Probleme der jeweiligen Arbeitsmärkte sowie die politischen Überzeugungen der verschiedenen Regierungen zum Ausdruck kamen. Innerhalb der EU-27 wurden die höchsten relativen Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Jahr 2006 aus Deutschland und Belgien gemeldet (fast 3 % des BIP), während dieser Anteil in der Tschechischen Republik, Rumänien, Litauen und Estland am niedrigsten war (sämtlich unter 0,5 % des BIP). Es gab auch sehr unterschiedliche Ausgabenstrukturen bei den arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen, wobei die Niederlande und das Vereinigte Königreich die höchsten relativen Ausgaben meldeten (etwa zweimal soviel wie der Durchschnitt in der EU-27).

Der größte Anteil der Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der EU-27 entfiel auf Schulungsmaßnahmen (41,1 %) zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen und anderer Zielgruppen. Fast ein Viertel (24,2 %) der Ausgaben in der EU-27 entfiel auf Beschäftigungsanreize, und ungefähr ein weiteres Viertel (26,3 %) verteilte sich ziemlich gleichmäßig auf Programme, mit denen die Integration von Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit in den Arbeitsmarkt gefördert werden sollte, und auf Programme zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Eine Schätzung der Beteiligung an arbeitsmarktpolitischen Initiativen lässt vermuten, dass im Jahr 2006 in der EU-27 etwa 11,4 Millionen Menschen in verschiedene Maßnahmentypen einbezogen waren. Bei diesen Maßnahmentypen handelte es sich im Wesentlichen um Beschäftigungsanreize (4,6 Millionen) und Umschulungsmaßnahmen (3,8 Millionen).



**Tabelle 7.9:** Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Teilnehmer nach Maßnahmentyp 2006 (1)  
(jährlicher durchschnittlicher Bestand in Tsd.)

	Schulung	Arbeitsplatztausch u. Job	Beschäftigungsanreize	Unterstütztes Arbeitsverhältnis u. Wiedereingliederung	Direkte Arbeitsplatzbeschaffung	Gründungsanreize
<b>EU-27</b>	3 816,1	106,9	4 606,3	773,6	1 336,9	712,2
<b>Belgien</b>	96,0	-	116,1	38,6	108,9	1,0
<b>Bulgarien</b>	11,6	-	14,3	1,8	74,3	4,6
<b>Tsch. Republik</b>	7,4	-	16,6	21,0	9,5	4,2
<b>Dänemark</b>	:	:	:	:	:	:
<b>Deutschland</b>	1 585,4	0,4	126,8	23,2	372,9	407,8
<b>Estland</b>	1,1	-	0,7	0,1	0,0	0,0
<b>Irland</b>	26,8	-	4,3	1,6	23,8	4,4
<b>Griechenland</b>	:	:	:	:	:	:
<b>Spanien</b>	262,9	68,7	2 591,1	42,9	222,8	158,7
<b>Frankreich</b>	553,8	-	556,2	129,5	279,3	76,4
<b>Italien</b>	:	17,4	579,4	-	35,1	8,2
<b>Zypern</b>	0,1	-	1,1	:	-	0,1
<b>Lettland</b>	5,0	-	2,6	0,5	1,5	-
<b>Litauen</b>	7,1	0,0	:	:	6,5	0,2
<b>Luxemburg</b>	2,3	-	:	0,1	1,1	-
<b>Ungarn</b>	13,9	-	35,4	-	17,0	3,3
<b>Malta</b>	1,5	-	0,4	-	0,0	:
<b>Niederlande</b>	178,5	-	46,7	144,4	-	-
<b>Österreich</b>	90,1	0,0	61,0	:	7,6	2,2
<b>Polen</b>	98,8	:	98,0	:	8,2	3,4
<b>Portugal</b>	48,0	:	79,1	5,7	21,2	4,3
<b>Rumänien</b>	15,1	-	51,4	-	17,4	:
<b>Slowenien</b>	12,0	-	2,4	-	3,3	3,3
<b>Slowakei</b>	2,3	-	13,1	1,9	104,6	20,6
<b>Finnland (2)</b>	50,2	7,8	16,1	8,4	13,8	4,5
<b>Schweden</b>	52,0	13,0	118,8	36,9	-	5,4
<b>Ver. Königreich</b>	39,0	-	30,0	7,2	8,3	-
<b>Norwegen</b>	34,5	-	4,6	12,6	7,6	0,5

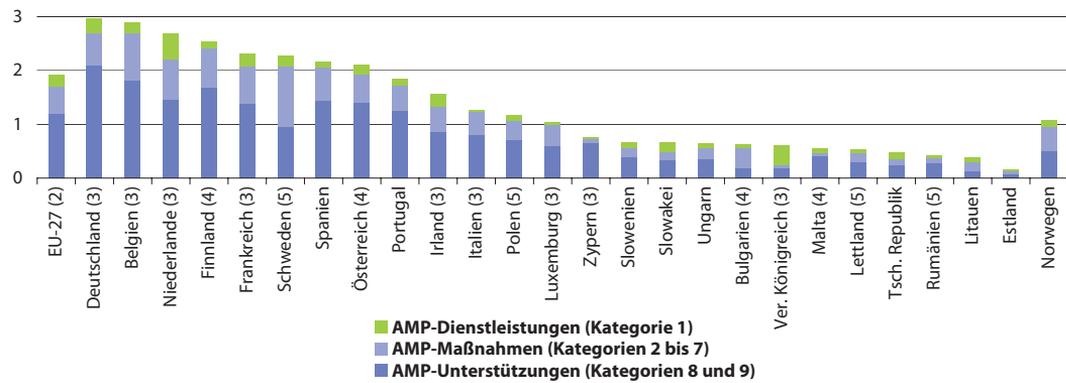
(1) Viele Felder unzuverlässig.

(2) 2007.

Quelle: Eurostat (Imp\_partsumm)

**Abbildung 7.13:** Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 2006 (1)

(in % des BIP)



(1) Dänemark und Griechenland: nicht verfügbar.

(2) Schätzungen.

(3) Kategorie 1 bis 7: Schätzungen.

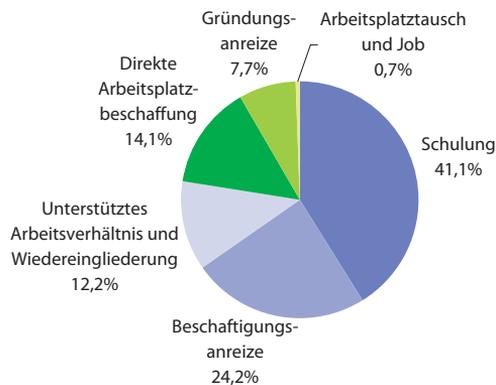
(4) Kategorie 2 bis 7: Schätzungen.

(5) Kategorie 1: Schätzung.

Quelle: Eurostat (Imp\_expsumm)

**Abbildung 7.14:** Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, EU-27, 2006 (1)

(in % der Gesamtausgaben)



(1) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (tps00077)